

ZUSTIMMUNG STATT WIDERSPRUCH!

Während des Halbfinalspiels Deutschland gegen Italien hat der Bundestag eine Änderung des Meldegesetzes mit nur zwei Dutzend Abgeordneten in weniger als einer Minute durchgewinkt.

Ursprünglich sollte diese eine Datenweitergabe durch die Meldebehörden zum Zwecke der Werbung oder des Adresshandels nur durch ausdrückliche Zustimmung des Bürgers (Opt-In) ermöglichen. Durch umfangreiche Lobbyarbeit von Adresshändlern und der Werbewirtschaft, wurde diese Regelung im Innenausschuss jedoch durch eine butterweiche Widerspruchs-Regelung (Opt-Out) ersetzt. Stimmt der Bundesrat dieser Änderung am 21. September zu, können die Behörden die Meldedaten zum Zwecke der "Bestätigung oder Berichtigung bereits vorhandener Daten" weitergeben, selbst wenn der Bürger einer Weitergabe ausdrücklich widersprochen hat.

Die Piratenpartei Brandenburg fordert daher, dass eine Weitergabe von Meldedaten zum Zwecke der Werbung oder des Adresshandels nur nach Zustimmung des betroffenen Bürgers erfolgen darf.

Infos und Formulare auf:

www.optoutday.de

